



**Carina Konrad**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Stellungnahme** **Wölfe in Rheinland-Pfalz**

Wiebelsheim, 13.12.2019

**Carina Konrad, MdB**

Pressekontakt:  
Coralie Brandt  
Industriepark 17  
56291 Wiebelsheim  
Telefon: +49 06766-7538020  
Fax: +49 06766-7538024  
carina.konrad.ma04@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Wilhelmstraße 65  
Raum: 1.10  
Telefon: +49 30 227-78344  
Fax: +49 30 227-70345  
carina.konrad@bundestag.de

Jahrzehntelang galt der Wolf in Deutschland als ausgerottet. In den letzten Jahren haben sich Wölfe wieder in Deutschland angesiedelt. Über 100 Rudel wurden bundesweit bestätigt; vereinzelt Sichtungen gab es inzwischen auch in Rheinland-Pfalz. Bereits 2018 hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht mit dem Titel „Gefahr Wolf – Unkontrollierte Population stoppen“. Zentrale Forderungen waren die Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz sowie die Schaffung bundeseinheitlicher Standards für ein Wolfsmanagement und -monitoring.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/005/1900584.pdf>

Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen, außer der AfD, abgelehnt. Auch alle anwesenden CDU-Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz haben ihn abgelehnt.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=575>

In der kommenden Sitzungswoche wird ein Gesetzentwurf der FDP zum Wolfsmanagement im Ausschuss behandelt:

<http://dserver.bundestag.btg/btd/19/107/1910792.pdf>

Der rheinland-pfälzische CDU-Abgeordnete Erwin Rüdell erklärte in der Rhein-Zeitung (Kreis Altenkirchen) von Mittwoch, er stehe „an der Seite der Tierhalter, Jäger und Waldbesitzer, die einen vernünftigen Umgang mit dem Wolf fordern“. Weiter heißt es in dem Artikel: „Die Entnahme von Problemwölfen muss für Rüdell deutlich unbürokratischer werden.“



Carina Konrad (FDP), stellvertretende Vorsitzende im Agrarausschuss, äußert sich dazu wie folgt:

**„Herr Rüdgel scheint vergessen zu haben, dass auch er den Antrag der FDP zur unbürokratischen Entnahme von Wölfen im letzten Jahr abgelehnt hat. Wir könnten im Wolfsmanagement schon einen entscheidenden Schritt weiter sein, wenn die Kollegen der Union sich letztes Jahr nicht quergestellt hätten, obwohl sie uns in der Sache eigentlich zustimmen. Die von der Koalition eingebrachte Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes macht zwar eine Entnahme einzelner Wölfe möglich, erfordert aber komplizierte Nachweisverfahren. Unbürokratisch geht anders!“**